

Stellungnahme des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Deidesheim, Herrn Theo Hoffmann, zu den Anfragen der CDU- und der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Frau Groß,

seit Jahren werden vielerorts, so auch in unserer Verbandsgemeinde, vom Land über die Kreisverwaltung zugewiesene Asylbewerber aufgenommen. Die Aufgabe der Verbandsgemeinde besteht darin, für die Asylbewerber eine adäquate Unterkunft zur Verfügung zu stellen und ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Die Unterbringung erfolgt zum einen in gemeindeeigenen Wohnungen - wenn solche zur Verfügung stehen - oder eben in privaten Anwesen, wie jetzt in Meckenheim geschehen.

Über die Entwicklung der Asylbewerberzuweisungen wird in den Bürgermeisterdienstbesprechungen regelmäßig informiert und um Mithilfe bei der Wohnraumbeschaffung gebeten. So letztmals erfolgt am 21.11.2013, unterlegt mit einem ausführlichen Bericht der Fachabteilung und der Ankündigung des Kreises, dass die VG in naher Zukunft weitere Zuweisungen erhalten wird. Ein gleichlautende Information wurde in der VG-Ratssitzung am 19.12.2013 auf Anfrage gegeben. In keinem der bisherigen Aufnahmefälle wurde vorab informiert oder gar mit Nachbarn kommuniziert. Was die Einbindung des Ortsbürgermeisters betrifft, so kann ich durchaus nachvollziehen, dass hier ein berechtigter Informationswunsch besteht, dem ich bzw. unsere Verwaltung künftig auch gerne nachkommen wird. Was jedoch die Information der Nachbarn und damit der Öffentlichkeit betrifft, sehe ich in Übereinstimmung mit der Kreisverwaltung die Sachlage aus langjähriger Erfahrung jedoch ganz anders. Mit wenigen Ausnahmen war und wird es immer so sein, dass Asylbewerber – je nach Herkunftsland und Volkszugehörigkeit mal mehr mal weniger – im eigenen Umfeld nicht gerne gesehen werden. Dementsprechend kommt es leider immer noch viel zu oft vor, dass beim Bekanntwerden von neuen Zuzügen bereits im Vorfeld heftigste Diskussionen entstehen und versucht wird, den Zuzug zu verhindern. Dies ging vielerorts sogar so weit, dass Hausbesitzer, die Wohnraum zur Verfügung stellen wollten, massiv unter Druck gesetzt wurden und daraufhin das Angebot zurückgezogen haben. In Meckenheim sind wir da nicht weit davon entfernt.

Dass dieser Fall jetzt so hochkommt, hat ganz gewiss nichts damit zu tun, dass hier keine Vorabinformationen über den unmittelbar bevorstehenden Zuzug an den Ortsbürgermeister, den Gemeinderat oder gar die Anwohner der Freiheitsstraße geflossen sind. Oder glauben Sie wirklich, dass die sich jetzt so vehement beschwerenden Anwohner nicht alles versucht hätten, um diesen Zuzug zu verhindern – und das, ohne die Familie, die Menschen überhaupt zu kennen. Der existierende Brief über die „Ängste und Besorgnisse der Anwohner“ spricht Bände. Statt mit Toleranz auf die neue Situation – die letztendlich ja eine Notmaßnahme ist – zu reagieren, wird in einer Art und Weise polarisiert, die – zumindest für mich – beschämend ist.

Wie hätten Sie – oder auch wir – unter solchen Vorgaben Willkommenskultur schaffen wollen, wenn Fragen zu und über die Menschen gar nicht beantwortet werden können, weil wir sie einfach nicht kennen. In Ruppertsberg oder auch Niederkirchen ist man nach Bekanntwerden der Neuzuzüge und kurzer Zeit des „Abtastens“ offen auf die neuen Mitbewohner zugegangen und hat Hilfe angeboten. Warum behandeln wir Asylbewerber nicht einfach wie jeden anderen Zuzug auch: ankommen lassen, schauen wie sie sich geben und dann für sich entscheiden, ob ich Nähe suchen und Hilfe anbieten will. Aus meiner Sicht hätte gleich nach dem ersten Gespräch mit dem Beschwerdeführer, der ja angeblich nur wiedergibt was er gehört hat, ein Termin bei der VG unter Einbindung des

Kreises stattfinden sollen, um die Hintergründe zu klären und das weitere Vorgehen abzustimmen.

Denn diese Diskussion öffentlich auszutragen, kann auch sehr schnell zu einer Verschärfung der Lage führen, erstreckt dann, wenn sich fremdenfeindliche Gruppen anhängen, wie es ja schon vielerorts, so auch in Haßloch, geschehen ist. Stattdessen werden – wohlgermerkt ohne Abstimmung – alle Anwohner (welcher Kreis genau ist dem Unterzeichner gar nicht bekannt) mit dem Hinweis, dass die VG hier versäumt hätte zu informieren, eingeladen, um Ängste (?) besorgter Nachbarn abzubauen. Dabei stehen auch Fragen im Raum wie z.B. wie lange der Mietvertrag läuft; wie lange bleiben die Asylbewerber, wenn die jetzigen ausziehen; kann es dann sein, dass wieder andere zuziehen; wer ersetzt die Wertminderung meines Hauses und, und, und!!! Und genau deshalb weigere ich mich in Übereinstimmung mit dem Kreis, eine solche Diskussion im Vorfeld zu führen, weil wir es dann noch schwerer hätten, ob der leider immer noch bestehenden Vorurteile überhaupt Unterkünfte für unsere Asylbewerber zu finden.

Und genau aus diesen o.g. Gründen habe ich auch eine Teilnahme an der Versammlung am Freitag abgelehnt. Dass ich am Montag wegen der Teilnahme an einer Sitzung in Mainz bis 15 Uhr für Herrn Dopp nicht erreichbar war, kann hier nicht als Entschuldigung gelten, zumal ich ab 16 Uhr mehrfach versucht habe, in dieser Sache Herrn Dopp zu erreichen und ich auch für den Dienstagmorgen per Mail meine Verfügbarkeit ab 10 Uhr mitgeteilt habe. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass ich in dieser Sache von Anfang an in engem Kontakt mit der Kreisverwaltung Bad Dürkheim stehe und wir je nach Entwicklung der Lage selbstverständlich auch unsere Zuständigkeit und Verantwortung gemeinsam wahrnehmen werden. Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Ausführungen zur Aufklärung beitragen konnte und stehe Ihnen, wie auch dem Gemeinderat, für eine Aussprache jederzeit gerne zur Verfügung. Ungeachtet dessen werde ich aufgrund einer Bitte von „Bündnis 90/Die Grünen“ – in diesem Falle nicht Meckenheim betreffend – bei der VG-Ratssitzung am kommenden Donnerstag nochmals auf das Thema „Unterbringung von Asylbewerbern in unserer Verbandsgemeinde“ in der nichtöffentlichen Sitzung eingehen.

Mit freundlichen Grüßen
Theo Hoffmann